

14. Februar 2012

Thema der Woche



Stabilitätspaket 2012-2016 – sozial ausgewogen, gerechte Einnahmen, nachhaltige Reformen

Ende letzter Woche hat die Regierung mit dem Stabilitätspaket 2012-2016 das **größte Konsolidierungsprogramm der Zweiten Republik** präsentiert. Insgesamt beträgt das Konsolidierungsvolumen **26,5 Mrd. Euro**. Damit soll die Schuldenquote sinken, mehr Unabhängigkeit von den Finanzmärkten und Spielraum für künftige Investitionen erreicht werden. Das Defizit erreicht damit bereits 2012 die Maastricht-Grenze von drei Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt).

Wichtig war für die SPÖ in den Verhandlungen, dass das Paket sozial ausgewogen ist, dass Vermögende einen gerechten Beitrag leisten und keine Massensteuern kommen. Fast acht Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen gibt es durch **vermögensbezogene Steuern** wie den Solidarbeitrag der Top-Verdiener, Immosteuer und Umwidmungsabgabe oder Streichung des Steuervorteils bei Agrardiesel.

Keine Massensteuern, keine Nullrunde bei Pensionen

Während in anderen Ländern radikal Sozialleistungen gekürzt oder Steuern für alle erhöht wurden, hielt die SPÖ ihr Wort: **Keine Nullrunden für PensionistInnen, keine Wiedereinführung von Studiengebühren**, dafür das **Schließen von Steuerlücken** und **vermögensbezogene Einnahmen**, die jene betreffen, die auch mehr haben. Gleichzeitig konnten **Offensivmittel für Bildung** (1,6 Mrd.), für **Universitäten** (1 Mrd.) und für den **Arbeitsmarkt** (750. Mio) gesichert werden.

„Ausgewogener Mix aus gerechten Einnahmen und weniger Ausgaben“

„Wir stellen damit die Weichen für ein wettbewerbsfähiges und soziales Österreich“, sagt **Bundeskanzler Werner Faymann**. Ziel sei ein ausgeglichenes Budget im Jahr 2016 – „Wir wollen unser Geld nicht für Zinsen ausgeben, sondern für die Gestaltung unseres Landes.“ Gerade die Entwicklungen der letzten Monate in Europa hätten gelehrt, dass man rechtzeitig handeln und die Schuldenentwicklung kontrollieren muss. Jedoch „nicht durch Massensteuern, wie in den meisten anderen Ländern Europas“, sondern durch einen **ausgewogenen Mix aus gerechten Einnahmen und Ausgabensenkung**.

Dennoch bleibt es das Ziel von Bundeskanzler Werner Faymann und der, den **Faktor Arbeit** zu entlasten – insbesondere geht es dabei um **Einkommen zwischen 2.000 und 4.000 Euro** brutto monatlich. Am besten wäre diese Entlastung mit einer positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung und den damit einhergehenden Mehreinnahmen zu ermöglichen, aber: "Wenn man mehr einnimmt, steht auch mehr Volumen zur Verfügung, um die Menschen zu entlasten." In puncto vermögensbezogener Einnahmen kann sich der Bundeskanzler daher vorstellen, "die eine oder andere Maßnahme" künftig noch dazuzunehmen.

Detaillierte Infos zum Stabilitätspaket 2012-2016 finden sich hier:

http://www.spoe.at/bilder/d280/Argumentarium_Stabilitaetspaket_2012.pdf

Kurz gemeldet

Arbeitsmarkt: Österreich weiter Europameister

Österreich hat mit einer Arbeitslosigkeit von 4,1 Prozent die **beste Beschäftigungssituation in Europa**. Das berichtete **Bundeskanzler Werner Faymann** am Dienstag nach dem Ministerrat. Der Unterschied zum **EU-Schnitt von 9,9 Prozent** bedeutet für Österreich, dass 300.000 mehr Menschen einen Job haben – eine Bestätigung der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der vergangenen Monate.

Moody's-Ausblick: Zinsen unverändert, Stabilitätspaket

noch nicht berücksichtigt

Die Ratingagentur Moody's hat in einer Bonitäts-Neubewertung einiger EU-Staaten für Österreich das **Triple-A-Rating bestätigt**, gleichzeitig aber den Ausblick auf "negativ" gesenkt. **Bundeskanzler Werner Faymann** verweist dazu auf das weiterhin günstige, **extrem niedrige Zinsniveau von 2,9 Prozent** für österreichische Staatsanleihen, das sogar besser ist als noch vor Monaten. Die jüngsten Einschätzungen von US-Ratingagenturen haben **keine gravierenden Auswirkungen auf die Zinsentwicklung** gezeigt. "Die Märkte, das heißt die Anleger, machen sich durchaus ihr eigenes Bild", sagte Faymann. Im Übrigen hätten die aktuellen Analysen von Moody's das **Konsolidierungspaket 2012-2016** der Bundesregierung **noch nicht berücksichtigt**.

Trotzdem behält Österreich die beste Bonitätsnote AAA.

„Internationaler Rückenwind“: EU-Kommission und OECD bewerten Schulreformen positiv

Die **Schulreformen** von **Bildungsministerin Claudia Schmied** stoßen **international auf sehr positives Echo**. So gibt es von der EU-Kommission Anerkennung für Österreich, weil trotz der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise im Bildungsbereich nicht gekürzt wird und der **Reformpfad** in die **richtige Richtung** weise. Lob gibt es auch für die Maßnahmen zur **Senkung der Schulabbrecherquote**. In einem aktuellen **OECD-Bericht** wird die Einführung der **Neuen Mittelschule (NMS)** als ein erster Schritt zu einem längeren gemeinsamen Lernen und einer späteren Selektion hervorgehoben. Reformen wie die Einführung der NMS, der neuen Oberstufe und des verpflichtenden Kindergartenjahres werden international als wirksame Maßnahme gesehen, um **Chancengerechtigkeit** unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund zu verwirklichen.

Bildungsministerin Claudia Schmied dazu: „Ich freue mich, dass unsere Reformen im Bildungsbereich **international so starken Rückenwind** durch die EU und die OECD bekommen. Beide Institutionen bestätigen, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben.“

Mehr dazu unter www.bmukk.gv.at/europa



Mehr nationale Mitbestimmung in Europa

Um den Einfluss des Finanzkapitals zurückzudrängen statt abzusichern, betonen **SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried** und der **SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier**, dass eine Demokratisierung der Marktwirtschaft gefragt ist. Dies müsse auch zu einer Stärkung des Parlamentarismus führen. Den Parlamenten – und zwar auf allen Ebenen – müssen wirksame Mitbestimmungs- und Kontrollrechte eingeräumt werden. Hilfreich ist hierbei das am 1. Jänner 2012 in Kraft getretene EU-Informationsgesetz. Es bietet den österreichischen Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten die Grundlage dafür, die **europäische Politik direkt zu beeinflussen**. So sind Ministerinnen und Minister nun dazu verpflichtet, Erläuterungen zu EU-Vorhaben, die in den parlamentarischen EU-Ausschüssen beraten werden, abzugeben. Bei besonders bedeutenden EU-Vorhaben gibt es die Verpflichtung, die Mitglieder des Parlaments frühzeitig darüber zu informieren.

LIVE-Stream zum „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs zu Ratingagenturen

Morgen wird es einen LIVE-Stream zum „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs mit u.a. **Finanzstaatssekretär Andreas Schieder** und **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer** zu folgendem Thema geben: "Politik und Finanzmarkt im Würgegriff der Ratingagenturen – Eine europäische Ratingagentur als Lösung?"

Mittwoch 15.2.2012

startet ab 9:55 auf www.oe2020.at

Infos zur Veranstaltung <http://oe2020.at/home/veranstaltungen/78>

Web - Tipp



www.johanna-dohnal.at: SPÖ Frauen gedenken mit Webseite der Vorkämpferin Johanna Dohnal

Mit der Webseite www.johanna-dohnal.at gedenken die **SPÖ Frauen** der im Jahr 2010 verstorbenen **Feministin** und **ersten Frauenministerin Johanna Dohnal**. Die Webseite ist heute anlässlich des Geburtstags von Johanna Dohnal online gegangen. Unter www.johanna-dohnal.at sind eine **ausführliche Biografie** und **Reden** ebenso abrufbar wie **Zitate** und **Videoausschnitte**. **SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz** betonte: „**Johanna Dohnal** hat in den verkrusteten und männlich-dominierten Gesellschaftsstrukturen in Österreich **enorm viel** aufgewirbelt und für die **Frauen durchgesetzt**“. Als Beispiele nannte Mautz u.a. die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches, die Vorbereitung des Gewaltschutzgesetzes und die Errichtung der Frauenhäuser.

Mehr dazu unter www.johanna-dohnal.at



www.facebook.com/bundestkanzlerfaymann

Der Bundeskanzler auf Facebook - Jetzt unterstützen!
Sei täglich live dabei, wie der Regierungschef die Staatsgeschicke lenkt!

